

NZ, 4.12.14

Heute lesen Sie:

Presseclub: So arbeitet Bayerns Verfassungsschutz

Burkhard Körner, Chef des Bayerischen Verfassungsschutzes, sprach im Presseclub über die Arbeit seiner Behörde im Kampf gegen Rechtsextremismus und Islamismus. Der Datenschutz blockiere oft diese Arbeit. (Hintergrund S.2)

Die Macht der „Maulhelden“

VON SUSANNE STEMMLER

NÜRNBERG – Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Nachrichtendienst-Boss nicht freimütig aus dem Nähkästchen plaudern kann. Der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Burkhard Körner, schaffte es dennoch im Presseclub, einen Einblick in die Arbeit und die Probleme seiner Behörde zu geben. Und so konnte Stephan Sohr, stellvertretender Chefredakteur, als Moderator mit dem 49-jährigen Juristen eine ganze Palette von Themen abstecken.

Was dem ehemaligen Verwaltungsrichter, Ministerialbeamten und Polizeichef Körner derzeit große Sorge bereitet, ist die Gefahr, die von den neuen Medien ausgeht. Hier tummeln sich nicht nur Einzeltäter (wie einst der norwegische Rechtsterrorist Anders Breivik), sondern bilden sich anonyme virtuelle Interessengemeinschaften. Jeder könne sich heutzutage im Internet seine Meinung bestätigen lassen – auch extremistische, stellt Körner fest. Und so manche „kranke Seele“ sei in der Lage, diesen radikalen Prozess aufzugreifen.

Wo setzt der Verfassungsschutz an? Im Netz? Wohl kaum. Das ist nicht praktikabel. Zwar hat man die einschlägigen Foren im Auge, doch dort sind auch viele „Maulhelden“ unterwegs. Wenn jedoch jemand online aktiv ist und plötzlich reale Kontakte abbricht, kann das ein Hinweis auf eine wirkliche Radikalisierung sein.

Damit man diese Menschen besser identifizieren kann, wünscht sich der Chef des Verfassungsschutzes, dass sich die nationale Gesetzgebung den globalen Voraussetzungen anpasst und dass möglichst international einheitliche Normen geschaffen werden. Ein Beispiel: Extremisten benutzen gern das weltweite Telefonie-Portal

„Skype“. Hier ist es für Nachrichtendienste äußerst schwierig, an die Kommunikationsdaten heranzukommen und eine technische Überwachung zu schalten. Ein anderes Problem sei das Fehlen einer Vorratsdatenspeicherung. „Die rechtliche Situation hinkt unseren Erfordernissen hinterher“, so Körner. Datenschutz verhindert also Verfassungsschutz.

Doch was ist zu tun im Kampf gegen Radikalisierungen? Der Behördenchef beschwört die Werteordnung. Die fehle vielerorts, wie auch in den

neuen Bundesländern zu beobachten sei, wo man nicht mehr in die Kirche gehe und es kein gemeinsames Leben gebe. „Wo keine Werte sind, entwickelt sich Rechtsextremismus“, so Körner. Man müsse die Grundrechte als etwas Positives herausstellen. Auch was den Islamismus hierzulande angeht, sei der größte Schutz gegen radikale Gruppen, die gemäßigten Vereine und Moscheen zu stärken, die den Islam richtig verstehen.

Bayernweit sind etwa 6000 extreme Muslime registriert, darunter 570 Salafisten, von denen sich aber nur ein Teil dem Dschihadismus verschrieben habe. „Quellen aus dem Milieu“, so Körner, hätten bestimmte „Leitpersonen“ im Blickfeld. Bezahlte Informationen aus der Szene sind weitere Erkenntnisquellen für den Geheimdienst. Auch Flugdatenerhebungen oder Wohnraumüberwachungen sind Werkzeuge der Behörde.

Wenn sich nun ein hier lebender Islamist auf den Weg nach Syrien oder in den Irak machen will, gilt sei-

tens des Verfassungsschutzes der „Vorrang einer Ausreiseverhinderung“, um eine weitere Radikalisierung im Ausland zu verhindern. Doch auch Rückkehrer stellen ein Gefahrenpotential dar, weil der IS eine globale Ausrichtung habe. Hier gebe es Kapazitätsprobleme, diese Leute zu observieren. Ob auch von den in Bayern ankommenden Flüchtlingen eine Gefahr ausgehe, beantwortet Körner mit „nein“. Es sei aber bekannt, dass Salafisten in Asylunterkünften Einfluss gewinnen wollten.



Verfassungsschutz-Chef Burkhard Körner

Auch wenn die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Polizei und anderen Behörden schon viel besser klappe, wünscht sich Körner einen barrierefreien Austausch von Erkenntnissen im föderalen Staat. Bei der NSU-Mordserie hat dieser Austausch bekanntlich nicht funktioniert. „Aus meiner Sicht hat es in Bayern keine großen Versäumnisse gegeben“, so der Präsident. Bis heute habe man in der Rückschau nicht den markanten

Punkt gefunden, an dem man der Terrorzelle schon früher auf die Schliche hätte kommen können. Damalige Ermittlungen gegen Rechts, die schon früh von Bayerns damaligem Innenminister Günther Beckstein gefordert wurden, seien ins Leere gelaufen. Auch habe sich niemand zu den Taten bekannt, was eigentlich üblich sei für Terroristen. Spätestens seit der Aufdeckung der Verbrechen setzt Körners Behörde den Grundsatz „so viel Offenheit wie möglich und nur so viel Geheimhaltung wie nötig“ konsequent um.